

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Hydra e.V.

Per Mail an kontakt@hydra-berlin.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 93 01
Telefax +49 30/24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 23. Juli 2021

Betr. Wahlprüfstein vom Bundesverband von Hydra e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Hydra e.V. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Sexarbeiter*innen in Zeiten der Pandemie

Welche Maßnahmen planen Sie, um Sexarbeiter*innen in Berlin zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Wie kann besonders marginalisierten Sexarbeiter*innen (insbesondere migrantisierte Sexarbeiter*innen, trans Sexarbeiter*innen) in der Pandemie und danach bessere Unterstützung zuteilwerden?

Am 13. Februar 2021 beschloss der Landesausschuss der Berliner LINKEN den Antrag „Gegen die Stigmatisierung von Sexarbeit, für faire Arbeitsbedingungen!“. Darin bekräftigen wir unsere Forderungen nach mehr Rechten und Respekt für Sexarbeitende. Es müssen die Rahmenbedingungen und ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem Sexarbeitende als Subjekt ernst genommen und ihre Wünsche und Bedürfnisse entsprechend gehört und respektiert werden.

Es braucht bezahlbare Wege in die Sozialversicherungssysteme, wie für alle Selbstständigen und gemeinsam mit den Verbänden ausgehandelte, gesetzlich zu verankernde Mindeststandards (Sicherheit, Hygiene oder Miethöhe) für die unterschiedlichen Arten von Prostitution. Wir setzen uns für den Ausbau und die Finanzierung von aufsuchenden Beratungs- und Informationsangeboten in verschiedenen Sprachen für Prostituierte sowie auf freiwillige anonyme Inanspruchnahme gerichtete Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten bei sexuell übertragbaren Krankheiten (STI) ein. Darüber hinaus unterstützt DIE LINKE. Berlin den Ausbau und die Finanzierung von Peer-Projekten, um Beratung auf Augenhöhe für Sexarbeitende zu ermöglichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sexarbeit entkriminalisiert wird und diskriminierende Sondergesetze abgeschafft werden? Wie positionieren Sie sich zu einem sog. Sexkaufverbot oder einer Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes? Planen Sie Bundesratsinitiativen zu diesem Thema oder eine Positionierung im Landesparlament (analog z.B. zu NRW)?

DIE LINKE. Berlin lehnt das sog. Sexkaufverbot und/oder jegliche Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes ab. Unsere Kritik an dem diskriminierenden Sondergesetz der Großen Koalition besteht weiterhin. Es begünstigt die Illegalisierung von Sexarbeiter:innen, es begünstigt Armuts- und Straßenprostitution, es begünstigt Betreiber:innen von Großbordellen. Wir bewerten das Prostituiertenschutzgesetz als Rückschritt, u. a. aufgrund der für Sexarbeitenden eingeführten Registrierungspflicht. Es setzt eben nicht auf das Selbstbestimmungsrecht derjenigen, die in der Sexarbeit tätig sind.

In unserem Wahlprogramm 2021 heißt es dazu: „Wir setzen uns für eine Entstigmatisierung von Sexarbeit ein. Das Prostituiertenschutzgesetz von 2017 beschneidet die Rechte von Sexarbeitenden. Geeigneter Schutz kann aber nur mit einem Ausbau einklagbarer Rechte erfolgen. Um eine Verdrängung der Sexarbeit in die Außenbezirke zu verhindern, werden wir uns für den Erhalt von kleinen Wohnungsbordellen und für mehr Freiräume für Gewerbe einsetzen. Das Erstarken von Monopolbordellen wollen wir unterbinden.“

Bei einer erneuten Regierungsbeteiligung würden wir einer Bundesratsinitiative oder einer Positionierung im Landesparlament nicht im Weg stehen.

2. Runder Tisch Sexarbeit

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Empfehlungen des Handlungskonzepts nachhaltig umgesetzt und die Arbeit des Runden Tisches weitergeführt werden kann? Setzen Sie sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass diese Projekte weiterhin gesichert finanziert und zusätzliche Projekte umgesetzt werden können?

Das uns vorliegende Handlungskonzept des Runden Tisches Sexarbeit enthält eine Vielzahl von Vorschlägen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen für Sexarbeitende in Berlin zu verbessern. Stück für Stück sollte es jetzt darum gehen, die Erkenntnisse und den begonnenen Abstimmungsprozess der Akteur:innen zu verstetigen. Es braucht dringend ein weiterführendes Koordinierungsgremium mit Teilnehmenden aus Verwaltung, NGO's, Sexarbeitenden, Betreibenden etc., welches fortbesteht und die praktische Umsetzung des Handlungskonzeptes mit begleitet. Wir sind der Meinung, dass durch dieses Gremium der Austausch zwischen den beteiligten Akteur:innen langfristig sichergestellt und zukünftige Konflikte vermieden werden können. Für die Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexarbeit braucht es finanzielle Ressourcen für das Haushaltsjahr 2022/23 sowie eine weiterführende Sensibilisierung in der Verwaltung und den Ordnungsbehörden.

DIE LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass Mittel und die Erkenntnisse des Runden Tisches Sexarbeit zur Verfügung gestellt sowie angewandt werden. Bestehende Strukturen für Sexarbeitende müssen gestärkt, Versorgungs- und Beratungslücken geschlossen und finanzielle Mittel zur Umsetzung des erarbeiteten Handlungskonzeptes bereitgestellt werden.

3. Unterstützung marginalisierter Sexarbeiter*innen und Erhalt von guten Arbeitsplätzen

Wie setzen Sie sich für die Belange von trans Sexarbeitenden ein? Gibt es Pläne, eine Notunterkunft für diese Zielgruppe in der Nähe des Bülowkiez zu schaffen? Ist durch Ihre Partei in Berlin eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Transsexuellengesetz (TSG) geplant?

In der Sexarbeit arbeiten viele vulnerable Gruppen, die besonders schutzbedürftig sind. Auch wir sind der Meinung, dass es momentan zu wenig und nicht ausreichend Unterstützungsangebote in verschiedenen Sprachen oder Notunterkünften (Plätze) für trans Sexarbeitende gibt. Wir kennen die Forderungen der ehrenamtlichen Initiative Trans*sexworks und werden uns dafür einsetzen, dass dieses Peer-to-Peer Projekt mehr finanzielle Unterstützung erfährt.

Nach unseren Informationen hat die Schwulenberatung Berlin auch trans Sexarbeitenden mit Migrationshintergrund einen Schlaf- bzw. Wohnplatz in der von ihnen betriebenen queeren Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkunft für LSBTI* Geflüchtete angeboten. Interessiert wären wir an Einschätzungen/ Erfahrungen dahingehend. Nichtsdestotrotz brauchen auch trans Sexarbeitende in Zukunft eine Notunterkunft bzw. die Möglichkeit sichere Schutzplätze aufzusuchen, in welchen sie nicht belästigt werden. Hierfür braucht es eine bezirkliche Regelung. Wir unterstützen Überlegungen/ Forderungen in diese Richtung.

Zum Transsexuellengesetz (TSG) – in unserem Berliner Wahlprogramm 2021 heißt es dazu: „Wir stehen für geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung. Deshalb werden wir uns im Bundesrat weiter für den Schutz von LSBTIQ engagieren, u. a. für bundesweite Akzeptanzmaßnahmen und die Abschaffung des Transsexuellengesetzes.“

Wie wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass migrantische Sexarbeiter*innen die Möglichkeit bekommen, legal in Deutschland der Sexarbeit nachzugehen?

In unserem Bundeswahlprogramm von 2021 heißt es dazu: „Die Wirtschaft basiert vielfach auf der Ausbeutung und auf schlechten Arbeitsbedingungen von Migrant:innen mit oft prekärem Aufenthaltsstatus und teilweise eingeschränkter gesundheitlicher Versorgung. Diese rechtlichen und sozialen Diskriminierungen müssen abgebaut werden. Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber*in. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.“

Wir sind der Überzeugung, dass Persönlichkeits-, Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte, der diskriminierungsfreie Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen und weitere soziale und wirtschaftliche Rechte, Schutz vor Ausbeutung, Gewalt, Erpressung und anderen Übergriffen – allen gleichermaßen zusteht, also auch Sexarbeiter:innen. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung (die Praxis, Duldungen immer wieder zu verlängern) leben müssen. Für sie wollen wir einen sicheren Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichen Schutz vor Ausbeutung schaffen.

Wir müssen sicherstellen, dass sich Gesetze zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht zum Nachteil (eines migrantischen Teils) der Sexarbeitenden auswirken, diskriminierend sind oder anderweitig zu Menschenrechtsverletzungen führen. Wenn Sexarbeitende z.B. derart hohe administrative Hürden überwinden müssen, um legal arbeiten zu dürfen, dass sie wiederum in die Abhängigkeit von großen Bordellbesitzer:innen, in die Fänge des organisierten Verbrechens oder in die Illegalität gedrängt werden, kann dies erneut zu strafrechtlicher Verfolgung führen, aber auch zu

höherer Verletzlichkeit. Deswegen fordert DIE LINKE. Berlin die Entstigmatisierung und Entkriminalisierung des Gewerbes.

Was ist ihre Strategie, um das ProstSchG in Berlin so umzusetzen, dass eine Vielfalt der Arbeitsorte in der Sexarbeit erhalten bleiben kann?

Wir wissen um das akute Problem, dass die Existenz vieler Berliner Wohnungsbordelle bei strenger Auslegung und konsequenter Anwendung des Baurechtes auf dem Spiel stehen. Aus diesem Grund haben sich die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und die frauenpolitische Sprecherin Ines Schmidt intensiv um eine Sensibilisierung und politische Handhabung gegenüber den Koalitionspartnern bemüht. Zum Internationalen Tag für die Rechte von Sexarbeitenden im März 2020 hat DIE LINKE. Berlin eine Kundgebung organisiert und das Thema an die Verwaltung adressiert. Darüber hinaus haben wir auf Landesebene einen Antrag eingebracht, welcher die Problematik der Arbeitsstätten darstellt und Lösungsvorschläge präsentiert. Bis jetzt sind die Koalitionspartner nicht auf unsere Vorschläge eingegangen. Wir fordern im Antrag: 1.) eine Bundesratsinitiative anzustoßen, die sich dafür einsetzt, dass Prostitutionsstätten nicht mehr als Vergnügungsstätten eingeordnet werden, sondern als „sonstige Gewerbebetriebe“ bzw. „nicht störender Gewerbebetrieb“, 2.) dass die Stadtplanungsämter jeden Fall einzeln prüfen und nicht aufgrund der Lage (Wohn- oder Mischgebiet) entscheiden, 3.) wollen wir keine Vorlage der Baunutzungsgenehmigung bei der gewerblichen Anmeldung und Genehmigung eines Betriebs (Hamburger-Modell). Falls der letzte Punkt nicht umgesetzt werden könnte, plädieren wir auf eine Übergangsregelung für Bestandsbetriebe von 5 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch